

009. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 10.03.2010

Reden von MdL Cornelia Falken während der Aktuellen Debatte auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema „Versprochen – gebrochen? Finanzminister gefährdet den Bildungsstandort Sachsen“

Auszug Protokollmitschrift

Sehr geehrter Herr Präsident!
Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Die Aktuelle Debatte wir~ heute zeigen, dass die Staatsregierung konzeptionslos und kurzsichtig in ihrer Arbeit denkt und auch handelt.

2005 wurde ein Tarifvertrag zwischen der Staatsregierung und den Gewerkschaften und Verbänden abgeschlossen. Dieser Tarifvertrag umfasst 14000 Beschäftigte im Mittelschul- und Gymnasialbereich. Dieser Tarifvertrag wurde über eine Laufzeit von fünf Jahren abgeschlossen. Diese Laufzeit ist zum 31.07.2010 beendet.

Der Tarifvertrag sieht vor, dass der Arbeitgeber, sprich das Kultusministerium, am Ende der Laufzeit dieses Tarifvertrages den Beschäftigten eine Vollzeit anbietet. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Schulbereich, also die Lehrerinnen und Lehrer im Freistaat Sachsen, haben den Erhalt ihrer Arbeitsplätze durch Solidarität selbst erkaufte.

Seit dem Jahr 1992 ist eine sehr große Anzahl von Lehrerinnen und Lehrern in Teilzeit. Das sind nunmehr 18 Jahre. Im Januar dieses Jahres, also vor nur zwei Monaten, schickte das Kultusministerium einen Brief an die Beschäftigten der Mittelschul- und Gymnasiallehrer. In diesem Brief wird den Lehrerinnen und Lehrern für ihre Arbeit besonders gedankt - das haben wir ja schon sehr häufig in diesem Landtag gehabt -, und man zollt ihnen Anerkennung für ihr solidarisches Verhalten untereinander, weil sie nochmals wieder für fünf Jahre in Teilzeit gegangen sind.

In diesem Brief werden aber auch die neuen Änderungsverträge angekündigt, die für die Lehrerinnen und Lehrer in den Regionalstellen der Bildungsagenturen bereitliegen. Das heißt, im Januar sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Lehrerbereich davon ausgegangen, dass dieser Tarifvertrag so, wie er abgeschlossen worden ist, auch durch die Staatsregierung umgesetzt wird. Wenige Tage später teilte der Finanzminister Prof. Unland mit, dass es nicht mehr Geld für die Lehrer und die Bildung geben wird. Das ist und war für die Lehrerinnen und Lehrer im Freistaat Sachsen, für die Schüler und für die Eltern ein Schlag ins Gesicht. Es ist nach unserer Auffassung ein massiver Vertrauensbruch, der hier begangen worden ist.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Das Vertrauen, das viele Schüler, Eltern, aber auch Lehrerinnen und Lehrer in die zukunftsorientierte Personalpolitik des Freistaates Sachsen hatten, ist hiermit endgültig verspielt. Der Beruf des Lehrers lebt davon, dass es Motivation und Begeisterung unter den Lehrerinnen und Lehrern gibt. Wenn es diese nicht gibt, dann wird es auch keinen Erfolg in der pädagogischen Arbeit geben.

Die Frage, die sich auch für uns stellt, ist, welche Wirkung diese Ankündigungen durch die Staatsregierung und durch das Finanzministerium auf die neuen/jungen Kollegen haben. Sie sagen mir ganz klar und deutlich, jedenfalls diejenigen, mit denen ich in den letzten Tagen gesprochen habe, dass man dieser Regierung im Freistaat Sachsen nicht trauen kann.

(Beifall bei der Linksfraktion - Volker Bandmann, CDU: Das ist eine Einzelmeinung!)

- Ich freue mich sehr, dass Sie, Herr Bandmann, der Einzige sind, der noch glaubt, dass man dieser Regierung trauen darf und Sie dies hier auch so deutlich bekunden. Ich glaube, dass es nicht sehr viele gibt, die das noch so sehen.

Im Übrigen müssen die jungen Kolleginnen und Kollegen, die hier im Freistaat Sachsen ausgebildet werden, nicht im Freistaat Sachsen bleiben. Sie können sich natürlich jedes andere Bundesland aussuchen, das sie wollen. Vertrauen schaffen und Vertrauen bilden ist eigentlich in diesem Bereich der Lehrerinnen und Lehrer eine ganz wichtige Größe. Zu weiteren Aussagen komme ich dann in meiner zweiten Runde.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Zweite Rede

Sehr geehrter Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Ich äußere mich zuerst zu meinen Vorrednern.

Herr Colditz, Schulhausbau ist ein wichtiges Thema. Sie haben das ja angesprochen. Natürlich sind wir auch froh, dass sehr viele Schulen in Sachsen saniert worden sind. Dass der Freistaat Sachsen viel Geld investiert hat, ist auch in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Aber es reicht noch nicht, denn es gibt noch viele Schulen, die sanierungsbedürftig sind, ob nun als ganze Schule oder als Teil, sei dahingestellt.

Aber Herr Colditz, dass Sie im Haushalt 2010 nicht gewusst haben, dass genau dieser Tarifvertrag auslaufen wird, ist falsch. Wir haben zur letzten Haushaltsdebatte durch meine Fraktion vehement zu dieser Problematik diskutiert und dargelegt - zu dem Zeitpunkt auch noch die FDP, die dabei war -, um klarzustellen, wie notwendig und wichtig es im Haushalt 2010 ist, genau die erforderlichen Stellen vorzuhalten, um den Tarifvertrag erfüllen zu können. Das ist nicht geschehen. Übrigens, Gespräche in dieser Art hätte man auch schon vor den letzten sächsischen Wahlen führen können, denn zu diesem Zeitpunkt hat man es auch schon gewusst, was auf uns in Sachsen zukommt. Das hat man natürlich vermieden, weil man meinte, keine weitere Wählerstimme zu verlieren. Deshalb tat man es jetzt, groß und massiv, weil die nächsten Wahlen in weiter Ferne sind und man glaubt, vielleicht haben die sächsischen Bürgerinnen und Bürger das bis dahin vergessen.

Herr Bläsner, die Lehrerinnen und Lehrer haben natürlich weniger Einkommen gehabt. Sie haben aber nicht weniger gearbeitet. Sprechen Sie einmal mit den Lehrerinnen und Lehrern,

wie viele zusätzliche Aufgaben in diesen fünf Jahren auf sie in Sachsen zugekommen sind. Das heißt, weniger gearbeitet haben sie nicht. Sie hatten weniger Pflichtstunden in diesem Bereich zu leisten. Das schauen Sie sich einmal ziemlich genau an.

Frau Giegengack, ich finde es ganz toll, dass Sie großes Vertrauen in Frau Gerold und sicherlich auch in Herrn Unland haben.

(Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Nicht in diesen Zeiten!)

Auf diese zwei Personen wird es sich nicht konzentrieren. Ich denke, dass wir sehr starke Gewerkschaften und Verbände im Freistaat Sachsen haben, die sich massiv dagegen wenden werden, dass es einen weiteren Tarifvertrag geben wird. Auch die Beschäftigten werden sich massiv dagegen wenden, dass es einen weiteren Tarifvertrag im Freistaat Sachsen geben wird, dass sie das von ihnen selbst erkaufte Teilzeitrecht jetzt endlich ablegen und nach 18 Jahren endlich die Möglichkeit haben, ihren Beruf mit einer entsprechenden Motivation auszuüben.

Frau Stange hat es schon angetippt und ich will es ganz klar und deutlich sagen: In den letzten fünf Jahren hat der Freistaat Sachsen einen Abbau von 9810 Stellen im Lehrerbereich über alle Schularten durchgeführt. Dieser Stellenabbau ist einfach viel zu groß gewesen, um die Aufgaben im Schulbereich zu erfüllen. Sparen allein ist keine Politik.

(Beifall bei der Linksfraktion - Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion: Das ist wahr!)

Das ist ein Zitat von Herrn Colditz. Da stimme ich Ihnen zu, Herr Colditz, weil nur Sparen allein überhaupt keinen Fortschritt bringt. Ein weiterer Personalabbau - ich will Ihnen das heute bewusst machen, weil es um diese Abgeordneten hier geht, die für den nächsten Haushalt die finanziellen Mittel für die erforderlichen Stellen im Lehrerbereich bereitstellen müssen - im Lehrerbereich würde - das ist keine Schwarzmalerei - weitere Schulschließungen, größere Klassen im Freistaat Sachsen bedeuten. Ich habe den Kultusminister kürzlich im Schulausschuss gefragt, welche Größenordnung es im Durchschnitt in Sachsen in Zukunft geben wird. Er hat darauf nicht geantwortet. Es wird schon gravierend werden.

Das Regelstundenmaß müsste man wieder verändern. Sie wissen, dass Herr Biedenkopf den MiUelschul- und Gymnasiallehrern immer noch eine Stunde schuldet. Er wollte zwei Stunden senken. Ich befürchte, dass man massiv an die Stundentafeln gehen wird. Wir erinnern uns: Astronomie wurde eingespart und vieles andere auch. Hier wird es drastische Veränderungen geben, wenn es diesen Personalabbau geben wird, der durch die CDU und offensichtlich auch durch die FDP angedacht ist. Das ist mit uns als LINKE hier im Sächsischen Landtag nicht zu machen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Wir stehen nicht allein. Es gibt genügend Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und auch Schüler im Freistaat, die sich das nicht gefallen lassen werden.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Dritte Rede

Sehr geehrter Herr Präsident!

...Herr Rohwer, von der Verantwortung der Gewerkschaften und Verbände zu sprechen finde ich eigentlich fast schon unverschämt. Die Gewerkschaften und Verbände haben über diese lange Zeit von 18 Jahren so viel Verantwortung bewiesen und ihre Beschäftigten dazu gebracht, diese Tarifverträge anzuerkennen, dass es eine Leistung ist, die man mal entsprechend würdigen sollte.

(Beifall bei der Linksfraktion und der SPD)

Eine Würdigung wäre für mich, nicht, dass man sich hier hinstellt und sich bei ihnen bedankt, sondern dass man jetzt endlich mal sagt: Die Befragung hat ergeben, dass bei den Mittelschul- und Gymnasiallehrern 49 % der Beschäftigten von sich aus darauf verzichten, in Vollzeit zu arbeiten, obwohl sie eigentlich Vollzeit arbeiten könnten. Da könnte doch der Freistaat mal sagen: Ganz toll, sie können in dem Arbeitsvolumen arbeiten, das sie sich vorstellen. Das wäre aus meiner Sicht ein Dankeschön an die Gewerkschaften und Verbände für ihre Mitarbeit an Tarifverträgen und Vereinbarungen, und es wäre ein klares, sichtbares Zeichen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, dass eine Vertrauensbasis existiert. Nach meiner Auffassung ist 49 % eine extrem hohe Zahl von Beschäftigten, die sagen, wir wollen weiter in Teilzeit arbeiten.

Frau Stange hat es schon gesagt und ich will es wiederholen: Die Äußerungen des Finanzministers, der jetzt mit Änderungskündigungen droht, wenn es keine Verlängerung des Tarifvertrages oder einen neuen gibt, ist die absolute Katastrophe, nicht nur von der moralischen Seite her oder bezogen auf die Motivation von Lehrern, sondern vor allem bezogen auf die Neueinstellungen. Wenn Sie die erste Kündigung ausgesprochen haben, werden Sie im Freistaat Sachsen gar keinen Lehrer mehr einstellen können. Dann wird es im Freistaat Sachsen keine Neueinstellungen mehr geben. Sie können das natürlich tun, aber die Klageverfahren, die dann auf Sie zurollen, werden viel teurer, als wenn Sie 978 Stellen zusätzlich besetzen. Dass wir Bedarf an den Schulen haben, ist nicht strittig. Ich weiß nicht, an welche Schulen Sie gehen, wenn Sie mit den Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Schülern sprechen, wo alles hervorragend funktioniert. Ich erlebe das ganz, ganz selten einmal.

Ich wollte noch einmal deutlich machen, auch für die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion: Wenn das passiert, haben wir gar keine Neueinstellungen, und das kann ja wohl nicht Ihr Ziel sein!

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Vierte Rede

Sehr geehrter Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Herr Staatsminister Wöllner, Sie nehmen Ihre Verantwortung als Minister überhaupt nicht wahr. Ich kann in keinem Ihrer Sätze erkennen, dass Sie die Verantwortung, die Sie als Staatsminister für Kultus haben, auch nur in Ansätzen wahrnehmen.

Die Äußerungen, die Sie heute hier öffentlich und auch neulich in der Schulausschusssitzung schon einmal getroffen haben, dass Sie gar nicht in der Lage sind, ein Personalentwicklungskonzept zu erarbeiten und zu gestalten, sind so etwas von gruselig, dass man sich das von einem Minister nicht mehr anhören kann.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Wenn es Ihnen nicht in relativ kurzer Zeit gelingt, ein Personalentwicklungskonzept im Lehrerbereich aufzustellen, dann werden wir in den Schulen das absolute Chaos erleben. Das sage ich nicht nur so aus Spaß, das meine ich auch so.

... Herr Staatsminister Wöllner, eine gravierende Unverschämtheit ist es in meinen Augen, dass Sie die jungen und die älteren Kollegen oder die Kollegen, die neu in den Dienst gehen, und die, die schon drin sind, gegeneinander ausspielen. Das ist eine Art und Weise, die dem Amt eines Ministers überhaupt nicht würdig ist. Das können wir so auch nicht akzeptieren. Es muss ein Miteinander geben zwischen den Kollegen, die bereits in der Beschäftigung sind - und die haben Ihnen mit den 49 % ein hervorragendes Angebot gemacht - und den Kollegen, die neu einzustellen sind.

Im Übrigen, Herr Staatsminister, Sie haben in dem Bezirkstarifvertrag einen Einstellungskorridor festgelegt, den Sie nicht einmal ausgeschöpft haben. Über die fünf Jahre sind nicht einmal all die Einstellungen an Mittelschulen und im Gymnasialbereich vorgenommen worden, die Sie hätten machen können, obwohl Sie auch Bewerber gehabt haben. Sie haben sie gar nicht eingestellt.

(Steffen Flath, CDU: Das ist jetzt unfair!)

- Das sage ich nicht nur, das ist so. Schauen Sie einmal in den Statistiken nach, die das Kultusministerium ja noch unter Ihrer Führung, Herr Flath, damals erstellt hat. Da kann man es ganz exakt ablesen. Auch im vergangenen Jahr war das so.

Hier möchte ich von Ihnen, ich und meine Fraktion, einfordern, dass Sie Ihre Verantwortung als Staatsminister auch wirklich wahrnehmen und nicht nur den Titel tragen.

(Beifall bei der Linksfraktion)